

Olympia 2026: Es gibt wohl keine Volksabstimmung

Die Ständeräte wollen nichts wissen von einer referendumsfähigen Vorlage.

Gregor Poletti

Soll im Winter 2026 in der Schweiz das olympische Feuer brennen, muss noch ein eng gesteckter und anspruchsvoller Slalomlauf absolviert werden. Verschiedene Millionenbeträge müssen bewilligt, Sicherheits- und Zuständigkeitsfragen gelöst, ein umfangreiches Dossier verfasst und schliesslich noch das Internationale Olympische Komitee (IOC) von der Schweizer Kandidatur überzeugt werden.

Eine der grössten Hürden dürfte endgültig ausgeräumt sein: die Zustimmung des Schweizer Stimmvolkes zu diesem Grosseinsatz. Denn die Stimmbürger werden sich dazu gar nicht äussern können. Ein solches Volksverdict angestrebt hatte die Bündner SP-Nationalrätin Silva Semadeni. Sie hat zusammen mit etlichen Mitstreitern in ihrem eigenen Kanton schon zweimal erfolgreich olympische Kandidaturen gebodigt. Und sie möchte einen weiteren Erfolg feiern. Denn Semadeni weiss, dass solche Spiele bei der Stimmbewölkerung einen schweren Stand haben. Eine Anfang Februar publizierte repräsentative Tammedia-Umfrage hat gezeigt, dass sich 59 Prozent der Befragten gegen Olympische Winterspiele in der Schweiz aussprechen, lediglich 36 Prozent dafür. Im Nationalrat ging der Plan von Silva Semadeni noch auf: Mit 92 zu 87 Stimmen wurde in der Frühlingsession ihre Motion angenommen, die einen eidgenössischen Urnengang über die Durchführung von Olympischen Winterspielen im Jahr 2026 fordert.

Unnötiges Präjudiz

Aber im Ständerat wird Semadeni mit ihrem Ansinnen auf Granit beisssen, das zeigt eine Umfrage dieser Zeitung. Angefragt wurden sämtliche 46 Ständeräte. Gerade mal einer spricht sich offen dafür aus, dass der geplante Kredit von rund 1 Milliarde Franken in eine referendumsfähige Vorlage umgewandelt wird. Der Zuger CVP-Politiker Peter Hegglin ist der Ansicht, dass es gerechtfertigt ist, aufgrund der Einmaligkeit und der Dimension des Anlasses den Kredit dem Volk zu unterbreiten.

Über 20 Ständeräte aus allen Parteien sprechen sich explizit gegen eine mögliche Volksabstimmung aus - das sind bemerkenswert viele für die sonst eher zurückhaltenden und gegenüber Umfra-

gen skeptischen Vertreter der Chambre de Réflexion. «Als grosser Sportfan plädiere ich dafür, dass wir uns für diese nachhaltig aufgegleisten Spiele bewerben», betont der Schwyzer SVP-Ständerat Peter Föhn. Mitten im Spiel die Regeln zu ändern und jetzt noch eine Volksbefragung zu erzwingen, erachtet das Ehrenmitglied zahlreicher Sport- und Turnverbände als unangebracht: «Schliesslich jubeln wir alle ja auch den Schweizer Olympiamedaillengewinnern zu und sind stolz auf sie.»

Der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller bringt noch einen weiteren Grund ein, den auch viele seiner Kollegen ins Feld führen: «Die Schweiz kennt kein Finanzreferendum auf Bundesebene.» Ein solches jetzt für diesen Anlass zu erzwingen, wäre seiner Ansicht nach ein unnötiges Präjudiz. Denn ein Finanzreferendum würde dann auch



Peter Hegglin.



Silva Semadeni.



Hans Stöckli.



Damian Müller.

für bestimmte Landwirtschaftskredite oder die Kohäsionsmilliarde gelten. Das bedeutet, dass das Volk jeweils über derartige Beiträge entscheiden könnte, wenn jemand das Referendum ergreift.

Schliesslich habe man die Landesausstellung oder die Olympiakandidaturen Sion 2006 und Graubünden 2022 auch nicht einem referendumsfähigen Erlass unterstellt, betont Hans Stöckli, SP-Ständerat und Vizepräsident des Organisationskomitees von Sion 2026. Er hat alles Interesse daran, dass es zu keiner Volksabstimmung kommt, da deren Ausgang höchst ungewiss wäre. Damit stellt sich der Genosse aus Biel gegen seine Parteikollegin und Landschaftsschützerin Semadeni aus Poschiamo. Vor diesem Hintergrund erstaunt es kaum, dass sich vor allem SP-Ständeräte damit schwertun, Farbe zu bekennen.

Die Rechnung, ob sich der Ständerat nun für eine mögliche Volksabstimmung ausspricht oder nicht, ist schnell gemacht: Zählt man zu den 21 Ständeräten noch jene dazu, die im Gespräch ein

Nein durchschimmern lassen, ist man bereits weit über den notwendigen 24 gegen eine referendumsfähige Vorlage. Ruedi Noser, Präsident der vorberatenden Kommission WBK, betont, dass die Ständeräte bereits den Bundesbeschluss einem fakultativen Referendum unterstellen könnten. Aber persönlich gehe er davon aus, dass sich bei einem Ja des Kantons Wallis die Kammer der Kantone solidarisch mit dem Hauptaustragungsort zeige.

Schicksalstag 10. Juni

Welche Stangen müssen jetzt Stöckli und seine Leute noch umzirklern, damit sie zumindest in die Nähe des Zielgeländes kommen? Wichtigster Termin ist sicher der 10. Juni. Dann entscheidet das Wallis, der Hauptaustragungsort. Sagt der Kanton Nein, können die Olympiaträume ein weiteres Mal begraben werden. Sagt das

Wallis Ja, dann wird sich das Parlament voraussichtlich in der Wintersession über den Bundesbeschluss beugen, den Sportminister Guy Parmelin in den nächsten Wochen präsentieren wird. Dort werden dann mögliche Garantien seitens des IOK, Sicherheits- und Haftungsfragen im Vordergrund stehen. Hinzu kommen noch weitere mögliche Hindernisse. So will der Kanton Bern als Austragungsort von Eishockey, Skispringen und Nordischen Kombinationen Anfang des kommenden Jahres Einwohner an der Urne befragen. Wie die weiteren Austragungsorte Waadt, Freiburg und Graubünden verfahren, ob ohne oder mit einer Volksbefragung, ist noch unklar.

Eingereicht werden muss die Schweizer Kandidatur Ende Januar 2019. Das IOK wird dann im Herbst 2019 über die definitive Vergabe der Winterspiele 2026 entscheiden. Im Alpenraum fanden zuletzt 2006 Olympische Winterspiele statt, nachdem sich Turin sieben Jahre zuvor gegen Sion hatte durchsetzen können.

Bund korrigiert Kosten für Atom-Ende - nach oben

Das Ende der Atomenergie werde 24,6 Milliarden kosten, schätzen Doris Leuthards Fachleute. Die AKW-Betreiber halten diesen Betrag für zu hoch - und politisch motiviert.

Stefan Häne

Einigkeit herrscht nur in einem Punkt: Die Stilllegung der fünf Atomkraftwerke in der Schweiz und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle werden mit Milliarden zu Buche schlagen. Strittig ist dagegen, wie hoch die Kosten tatsächlich sein werden. Seit gestern liegt eine neue Schätzung vor: 24,6 Milliarden Franken. Diese Zahl stammt aus dem Departement von Energieministerin Doris Leuthard (CVP). Pikant: Sie liegt knapp 3 Milliarden über jenem Betrag, den Swissnuclear ausgewiesen hat.

Der Branchenverband der AKW-Betreiber berechnet die voraussichtliche Höhe alle fünf Jahre neu. In seiner Kostenstudie 2016 kam er auf 21,8 Milliarden - eine Summe, die unabhängige Experten letztes Jahr überprüft und auf 23,5 Milliarden Franken korrigiert haben. Sie taten dies im Auftrag der Kommission für den Stilllegungs- und Entsorgungsfonds; das sind jene zwei unter Bundesaufsicht stehenden Fonds, in welche die AKW-Betreiber jährlich einzahlen müssen. Das Uvek verfügt nun

also Zahlungen, die nochmals um 1,1 Milliarde höher sind als von den besagten Experten beantragt

Leuthards Departement sieht zwar «keine Anhaltspunkte», an deren Berechnungen zu zweifeln, weicht aber in drei Punkten gleichwohl davon ab. Der wichtigste: Die Entsorgungskosten erhöhen sich laut Uvek um 650 Millionen Franken, weil die Standortsuche für ein geologisches Tiefenlager noch nicht so weit fortgeschritten ist, dass ein Entscheid für oder gegen ein Kombilager möglich ist, also ein Lager für schwach, mittel und hoch radioaktive Abfälle an einer Stätte. Die Möglichkeit für ein solches Lager dürfe daher nicht in die Berechnung miteinfließen. Ausserdem hält das Uvek die Berechnung der Abgeltungen für die Standortkantone und die Standortregionen für unzulässig. Dadurch erhöhen sich die Entsorgungskosten um weitere 400 Millionen. Der Rückbau aller Gebäudestrukturen schliesslich wird laut Uvek um 46 Millionen teurer.

Für seine Kostenkorrektur muss das Uvek Kritik einstecken. Swissnuclear spricht von einem «politisch motivierten Eingriff». Das Uvek habe für die Aspekte Abgeltungen, Kombilager und Grüne Wiese systematisch das höchstmögliche Kostenszenario angenommen. Dies aber widerspricht nach Ansicht von Swissnuclear der Logik einer Kostenschätzung, welche die Eintretenswahrscheinlichkeit von Chancen und Risiken nüchtern beurteilt. Der Branchenverband wird nun

mit den AKW-Betreibern die finanziellen Konsequenzen und das weitere Vorgehen prüfen, auch in juristischer Hinsicht.

Wer zahlt die Rechnung?

Kontrovers fallen die Reaktionen in der Politik aus. Linke Parlamentarier zeigen sich zwar erfreut über die Anpassung, halten diese aber noch immer für zu wenig weitgehend. Anders die Bürgerlichen. «Das Uvek belastet unnötig stark die AKW-Betreiber respektive Bevölkerung und Wirtschaft, welche die Rechnung über höhere Strompreise zahlen müssen», sagt SVP-Nationalrat Christian Imark. Imark prüft nun, wie er politisch gegen zu hohe Sicherheitszuschläge bei der Kostenberechnung vorgehen kann. Ein erster Anlauf ist letztes Jahr ziemlich knapp gescheitert. Damals verwarf der Nationalrat Imarks Vorschlag, den Sicherheitszuschlag von 30 Prozent, den der Bundesrat für die Berechnung der Endkosten eingeführt hatte, zu streichen.

Unklar ist, wie die Branche die steigenden Kosten auffangen will. Wird der Strom teurer? Die BKW etwa muss nun zwar höhere Beiträge an die Fonds zahlen. «Die von uns erwarteten Kosten erhöhen sich dadurch aber nicht», so ein Sprecher. Gelder, die sie zu viel einbezahlt habe, erhalte die BKW wieder zurück. Axpo und Alpiq verweisen für eine Stellungnahme auf Swissnuclear, der Branchenverband verweist auf die Stromkonzerne. Er versichert nur: «Abstriche bei der Sicherheit gibt es nicht.»



Die Zürcher Privatbanquiers Rahn+Bodmer Co. wissen Traditionen zu schätzen. Seit 1750.

Rahn+Bodmer
BANQUIERS SEIT 1750

Rahn+Bodmer Co.
Talstrasse 15
8022 Zürich
Telefon +41 44 639 11 11
www.rahnbodmer.ch